Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(19.8.1975) Drucksache 8/1504

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 1504
19. 08. 75

Mitteilung des Senats

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. Juni 1975

Der Senat übermittelt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. Juni 1975 über das Land und die Stadtgemeinde Bremen. Von diesem Bericht hat der Haushaltsausschuß der Finanzdeputation in seiner Sitzung am 8. August 1975 Kenntnis genommen. Die Finanzdeputation ist schriftlich unterrichtet worden.

Nach Auffassung des Senats hat die bremische Haushaltspolitik des zweiten Halbjahres 1975 in erster Linie den derzeitigen konjunkturpolitischen Erfordernissen Rechnung zu tragen:

Trotz erheblicher konjunkturstützender Maßnahmen des Bundes, der Länder und der Bundesbank ließen sich die Auswirkungen einer in diesem Umfang nicht vorhersehbaren weltweiten Rezession auf die stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft nur zum Teil abfangen.

Die Daten über den Auftragseingang in der Industrie zeigen zwar für den Juni 1975 eine kräftige Zunahme; sie liegen — wesentlich bestimmt durch das Auslaufen der Investitionszulage — um 19,1 Prozent über dem Vorjahreswert bzw. um 28,7 Prozent über dem Wert des Vormonats. Die weitere konjunkturelle Entwicklung wird jedoch sehr wesentlich vom weiteren Ablauf des ausländischen Bestelleingangs und dem Verhalten der öffentlichen Haushalte abhängig sein. Neben den nach wie vor sehr großen Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in wesentlichen Exportländern der deutschen Wirtschaft besteht gerade auch hinsichtlich des weiteren Verhaltens der öffentlichen Haushalte — angesichts steigender Haushaltsdefizite — die Gefahr eines prozyklischen Verhaltens.

In der von einer solchen Verhaltensweise in erster Linie betroffenen Bauwirtschaft würde sich ein weiterer, volkswirtschaftlich nicht sinnvoller Kapazitätsabbau vollziehen. Wegen der starken Verflechtung der Bauwirtschaft mit einer Vielzahl von Zuliefererbereichen ergäben sich zudem ungünstige Wirkungen auf die Volkswirtschaft insgesamt.

Wegen struktureller Besonderheiten verläuft die konjunkturelle Entwicklung im Lande Bremen bereits seit längerem günstiger als im Bundesdurchschnitt. Dieses wird u. a. daran deutlich, daß die Arbeitslosenquote des Landes Bremen bereits seit Oktober 1974 unter der Bundesquote liegt. Von Dezember 1974 bis März 1975 lag die Arbeitslosenquote selbst in Bremerhaven günstiger als im Bundesdurchschnitt. Die Lage der Bauwirtschaft stellt sich in Bremen dank zügiger Auftragsvergabe bei der Abwicklung der Haushalte 1975 und dank des 28,3-Millionen-DM-Konjunkturbelebungsprogramms vom Frühjahr besser dar als in anderen Regionen der Bundesrepublik.

Trotz der vergleichsweise noch günstigen Situation kann — absolut betrachtet — auch im Lande Bremen die konjunkturelle Lage keineswegs als befriedigend angesehen werden. Der Senat ist deshalb entschlossen, die zu erwartenden konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung voll zu unterstützen. Dies wird entscheidend über die Investitionsmaßnahmen der bremischen Haushalte geschehen.

Im Haushaltsjahr 1975 steht bisher für Bauinvestitionen (Anschläge, Reste und Vorgriffe) unter Einbeziehung des im Rahmen der Ermächtigung im Haushaltsgesetz im Frühjahr 1975 beschlossenen Konjunkturprogramms insgesamt ein Ausgabevolumen von rd. 650 Millionen DM zur Verfügung. Rund 170 Millionen DM dieses Betrages waren bis zum 30. Juni 1975 bereits kassenmäßig abgeflossen; mehr als 300 Millionen DM sind darüber hinaus durch Aufträge gebunden. Um auch in der zweiten Jahreshälfte in ausreichendem Umfang Aufträge erteilen zu können, beabsichtigt der Senat, die aus einer Freigabe der Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Bremen verfügbaren Mittel von 34,5 Millionen DM sowie konjunkturpolitische Zuweisungen des Bundes zur Finanzierung von Investitionen zu verwenden, die für das Jahr 1975 zusätzlich sind.

Die erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen auf bremischer Seite sind eingeleitet. Nach Vorliegen der entsprechenden Beschlüsse der Bundesregierung wird der Senat der Finanzdeputation unverzüglich vergabereife Investitionsobjekte unterbreiten, die geeignet sind zur weiteren Auffüllung des im Haushaltsgesetz vorgesehenen Rahmens für zusätzliche konjunkturwirksame Ausgaben.

Nach Auffassung des Senats können die Bemühungen zur Verbesserung der Konjunkturlage nur dann erfolgversprechend sein, wenn — neben den zusätzlichen Konjunkturmaßnahmen — auch sichergestellt wird, daß die Haushalte 1975 ohne Kürzungen durchgeführt werden. Das bedeutet, daß zur Abdeckung der sich abzeichnenden erheblichen Steuermindereinnahmen 1975 eine Aufstockung der Kreditermächtigung im Rahmen eines Nachtragshaushalts hingenommen werden muß.

Der Senat ist gewillt, über eine konsequent antizyklische Finanzpolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze im Lande Bremen beizutragen. Der Senat ist bereit, die derzeit wünschenswerte Ausgabetätigkeit der öffentlichen Hand im erforderlichen Umfang auch durch zusätzliche Kredite abzudecken; er ist gewillt, den finanzwirtschaftlich gebotenen Ausgleich dann herbeizuführen, wenn die konjunkturelle Situation dies erlaubt.

Druck: Bremer Nachrichten GmbH & Co.

1 Erläuterungen zum kassenmäßigen Haushaltsablauf

Die in den Anlagen 1 und 2 wiedergegebenen tabellarischen Übersichten über den kassenmäßigen Haushaltsablauf werden nachstehend in ihren Schwerpunkten erläutert.

1.1 Gesamtergebnis

Auch nach dem Stand vom 30. Juni 1975 sind die Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen stärker als die Einnahmen gestiegen.

Während die **Gesamtausgaben** dieser beiden Gebietskörperschaften (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,6 v.H. auf rd. 1 331 Mio DM anwuchsen, erhöhten sich die **Gesamteinnahmen** nur um 5,1 v.H. auf rd. 1 081 Mio DM. Bemerkenswert ist, daß sich gegenüber dem 1. Vierteljahr 1975 der Einnahmezuwachs wesentlich erhöhte (von +2,4 v.H. auf +5,1 v.H.), die Gesamtausgabensteigerung fast konstant blieb (von +12,3 v.H. auf +12,6 v.H.).

Das **Finanzierungsdefizit** (Gesamteinnahmen ./. Gesamtausgaben) belief sich auf rd. 250 Mio DM. Es betrug damit im Berichtszeitraum fast 100 Mio DM mehr als im 1. Halbjahr 1974. Gleichwohl lag dieser Ausgabenüberhang zum 30. Juni 1975 mit rd. 7 Mio DM noch geringfügig unter dem zeitanteiligen Finanzierungssaldo aufgrund der Haushaltspläne (rd. 257 Mio DM).

1.2 Die Einnahmen

Die **Einnahmen aus laufender Rechnung** erreichten im Berichtszeitraum trotz eines Zuwachses von +5,4 v.H. mit rd. 1 007 Mio DM in Höhe von rd. 112 Mio DM nicht den **zeitanteiligen** Betrag der Anschläge. Dieser Fehlbetrag entfällt bei Ausklammerung der einmaligen Auflösung der Sonderkonten Stabilitätszuschlag und Investitionssteuer voll auf die Steuern, die gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur leicht gestiegen sind (+2,2v.H.) und mit nur 43,2 v.H. des Anschlages nicht entsprechend der zeitanteiligen Betrachtung dieses Berichts (= 50 v.H.) vereinnahmt wurden. Eine gesicherte Aussage über das Gesamtergebnis für 1975 läßt dieses Halbjahresergebnis jedoch nicht zu, da das Aufkommen der ersten Jahreshälfte durch die Belastungen aufgrund des Lohnsteuerjahresausgleichs sowie der Einkommensteuererstattungen wegen erhöhter Absetzung für Wohngebäude (§ 7b-Fälle) erfahrungsgemäß geringer als die Einnahmen des 2. Halbsjahres ist. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß sich die durch die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Herabsetzung des Länderanteils an der Umsatzsteuer von 38 v.H. auf 31,75 v.H. bedingte Mindereinnahme bei dieser Steuer voll in der zweiten Jahreshälfte auswirkt (rd. 50 Mio DM).

Die in der Anlage 3 im einzelnen dargestellte Entwicklung der **Steuern** im Berichtszeitraum gegenüber dem 1. Halbjahr 1974 zeigt folgendes Bild:

Der Betrag der Mehreinnahmen von rd. 16 Mio DM entfällt mit 9,0 Mio DM auf das Land und 7,1 Mio DM auf die Stadtgemeinde Bremen. Er ergibt sich als Saldo von Mehreinnahmen bei verschiedenen Steuerarten von 35,2 Mio DM (vornehmlich bei den Umsatzsteuern mit 16,9 Mio DM) und Mindereinnahmen von 19,1 Mio DM (am höchsten bei den Veranlagungssteuern mit ./. 14,7 Mio DM).

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum beträgt die Veränderungsrate +2,2 v.H. und erreicht damit bei weitem nicht den vom Soll verlangten Zuwachs von 7,7 v.H.

Unter Berücksichtigung aller Faktoren muß damit gerechnet werden, daß die Steuereinnahmen erheblich hinter den Anschlägen zurückbleiben werden.

Die im 1. Quartal 1975 noch zu verzeichnende Steigerung der **Lohnsteuer** (+3,8 v.H.) ist bis zum Ende des 1. Halbjahres 1975 in eine schwache Minderung gegenüber dem Vorjahr umgeschlagen (−0,8 v.H.). Die Ursachen ergeben sich aus den Auswirkungen der Steuerreform, der weiterhin ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt sowie höheren Erstattungen im Lohnsteuer-Jahresausgleich und im Zerlegungsverfahren mit den anderen Ländern.

Sowohl bei der **veranlagten Einkommensteuer** als auch bei der **Körperschaftsteuer** zeigt sich ebenso wie im 1. Quartal 1975 infolge der Abschwächung der Konjunktur sowie der Einkommensteuerreform die gleichgerichtete negative Entwicklung gegenüber dem Vorjahr. Der Landesanteil an der veranlagten Einkommensteuer mit 76,2 Mio DM lag um 9,3 v.H., der Landesanteil an der Körperschaftsteuer mit 37,5 Mio DM um 11,3 v.H. unter dem vergleichbaren Zeitraum des letzten Jahres. Das Aufkommen dieser beiden Veranlagungssteuern ist im Berichtszeitraum nur unwesentlich von der **Investitionszulage zur Konjunkturbelebung** gemindert worden.

Die **Steuern vom Umsatz** erbrachten ein um rd. 17 Mio DM oder +16,6 v.H. höheres Aufkommen. Diese Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist auf die unterschiedliche Höhe der Korrekturen bei der vorläufigen Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern zurückzuführen. Bei der Wertung des Aufkommens im 1. Halbjahr 1975 muß darüber hinaus berücksichtigt werden, daß dieses noch auf dem Länderanteil von 38 v.H. beruht. Die Einigung der Länder mit dem Bund am 11. Juli 1975, den Länderanteil rückwirkend ab 1. Januar 1975 um 6,25 Prozentpunkte aus Anlaß der Steuerreform zu ermäßigen, wird sich kassenmäßig erst im 3. Vierteljahr 1975 auswirken.

Trotz des relativ starken Anwachsens der **Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit** um 15,7 v.H. gegenüber dem ersten Halbjahr 1974 wurde das Zeitsoll auch bei dieser Einnahmegruppe nicht erreicht. Es fehlen hieran 6,6 Mio DM.

Die **Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen** übertrafen mit 107,9 Mio DM das Vorjahresergebnis geringfügig um 2,6 Mio DM oder 2,5 v.H. Dieser Saldo ist positiv mit beeinflußt durch die bisherige Entwicklung der Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich (+7 Mio DM oder +22,0 v.H.).

Das Vorjahresniveau der **Einnahmen der Kapitalrechnung** wurde geringfügig überschritten. Mit 74,3 Mio DM betrug der prozentuale Zuwachs 0,7 v.H., das sind 0,5 Mio DM mehr gegenüber dem ersten Halbjahr 1974.

Die **Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt** enthalten im Berichtszeitraum im wesentlichen die Einnahmen von 200 Mio DM aus der Begebung der Staatsanleihe von 1975.

Bei den **Entnahmen aus Rücklagen** mit 208,7 Mio DM entfallen

- 24,7 Mio DM auf die Entnahme der buchmäßigen Einnahmeüberhänge der Haushaltsrechnungen 1974, die von den beiden Stadtgemeinden für eine Aufstockung ihrer Grunderwerbsmittel eingesetzt werden,
- 61,2 Mio DM auf die planmäßige Entnahme aus der Schuldendienstrücklage des Landes,
- der Rest von 122,8 Mio DM fast völlig auf die Bruttodarstellung der planmäßigen Zusammenfassung der diversen Rücklagen bei der jeweiligen Gebietskörperschaft.

1.3 Die Ausgaben

Die **Ausgaben der laufenden Rechnung** lagen mit 1 025,8 Mio DM um 16,4 v.H. oder 144,7 Mio DM über dem Ergebnis des 1. Halbjahres 1974.

Innerhalb dieser Ausgabengruppe bilden die **Personalausgaben** mit fast der Hälfte den größten Anteil. Sie betrugen zum 30. Juni 1975 (ohne Hochschulen und Sozialwerk) 496,2 Mio DM und somit 61,5 Mio DM mehr als im ersten Halbjahr 1974. Der prozentuale Zuwachs belief sich auf 14,2 v.H., von denen 6,3 v.H. auf lineare Erhöhungen und ca. 7,9 v.H. auf Stellenplanverbesserungen und die verstärkte Besetzung freier Stellen entfallen.

Die Aufwendungen für den **laufenden Sachaufwand** mit 199,3 Mio DM erreichten das rechnerische Halbjahressoll um 39,8 Mio DM nicht. Das entsprechende Vorjahresergebnis wurde dagegen um 32,6 Mio DM oder +19,6 v.H. überschritten.

Ein geringes Zurückbleiben des Ausgabenabflusses gegenüber dem zeitanteiligen Soll läßt sich auch bei den **Ausgaben für laufende Zuweisungen und Zuschüsse** feststellen. Hieran fehlen 11,6 Mio DM. Die prozentuale Steigerungsrate dagegen betrug 16,2 v.H.

Die **Ausgaben der Kapitalrechnung** überschritten im Berichtszeitraum das Ergebnis des ersten Halbjahres 1974 um 3,5 Mio DM oder 1,2 v.H. Das Zeitsoll dagegen wurde um 40,6 Mio DM nicht erreicht. Wegen des Abflusses der Investitionsausgaben wird auf Nr. 2.1 hingewiesen.

Die Höhe der **Zuführungen an die Rücklagen** von 124,9 Mio DM ergibt sich vor allem aus der bereits erwähnten Bruttodarstellung der planmäßigen Rücklagenzusammenfassung sowie der planmäßigen Zuführung an die Kassenverstärkungsrücklage der Stadtgemeinde Bremen mit 2,1 Mio DM.

2 Haushaltstechnischer Vollzug

2.1 Entwicklung der Investitionen

Das **Gesamtsoll** per 30. Juni 1975 bei den **Investitionsausgaben** stellt sich wie folgt dar:

	Mio DM	Mio DM
Anschläge 1975		
Baumaßnahmen (Hgr. 7)	405,8	
Sonst. Investitionsausgaben (Hgr. 8)	230,0	
Investitionszuweisungen an Bremerhaven	47,8	683,6
Ausgabereste aus 1974		
Baumaßnahmen (Hgr. 7)	266,2	
Sonst. Investitionsausgaben (Hgr. 8)	100,7	
Investitionszuweisungen an Bremerhaven	6,0	372,9
Bewilligte Vorgriffe		
Bis 1974 bewilligt, jedoch kassenmäßig nicht in Anspruch genommen	69,0	
Bis 30. Juni 1975 neu bewilligt	89,9	
Zwischensumme		158,9
Hiervon sind die bereits durch Vorgriffe in früheren Jahren in Anspruch genommenen Beträge der Anschläge 1975 abzusetzen (Vorgriffsabdeckung)		–181,6
Gesamtsoll 1975 (einschl. Vorgriffe) nach dem Stand vom **30. Juni 1975**		1 033,8

Unter Berücksichtigung des Konjunkturhaushalts (+28,3 Mio DM) und der in den Haushaltsgesetzen festgelegten globalen Sperre von 6,5 v.H. der Bauausgaben (–26,4 Mio DM) erhöht sich das Gesamtsoll um 1,9 Mio DM auf **1 035,7 Mio DM.**

Die **Istausgaben** bei den Investitionen betrugen bis zum 30. Juni 1975	
Baumaßnahmen (Hgr. 7)	170,9
Sonst. Investitionsausgaben (Hgr. 8)	114,5
Investitionszuweisungen an Bremerhaven	15,9
Zusammen	301,3

Damit sind Ausgaben in Höhe von 29,1 v.H. des möglichen Solls im ersten Halbjahr 1975 getätigt worden. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist damit eine Steigerung von +2,5 v.H. zu verzeichnen.

Sperren für Bauausgaben

Nach § 22 (2) LHO sind alle Ausgaben für Baumaßnahmen (Hgr. 7) gesperrt. Dies gilt nach den Haushaltsgesetzen 1975 (§ 3 Land, § 4 Stadt) nicht für die durch zweckgebundene Einnahmen gedeckten Haushaltsmittel für Baumaßnahmen. Ebenso gilt dies nicht für Ausgaben aufgrund der in den Vorjahren erteilten Verpflichtungsermächtigungen oder bewilligten, jedoch kassenmäßig noch nicht in Anspruch genommenen Vorgriffe.

Die gesperrten Ausgabemittel für Baumaßnahmen dürfen nach § 36 (1) LHO erst nach der vom Senator für Finanzen verfügten Aufhebung der Sperre in Anspruch genommen werden.

	Mio DM	Mio DM
1975 veranschlagte Baumaßnahmen (Hgr. 7)	405,8	
aus 1974 übertragene Ausgabereste (Hgr. 7)	266,2	672,0
Davon entsperrt bis zum 30. Juni 1975		565,0
Es bleiben gesperrt		107,0

2.2 Nachbewilligungen

Bis zum 30. Juni 1975 sind durch die Finanzdeputation und durch den Haushaltsausschuß insgesamt 182,9 Mio DM nachbewilligt worden. Die Nachbewilligungen wurden wie folgt gedeckt:

		Mio DM
a)	durch Einsparungen bei anderen Haushaltsstellen	122,5
b)	durch Mehreinnahmen	60,4

Die Nachbewilligungen sind – nach Einzelplänen des Landes und der Stadtgemeinde geordnet – als Anlage 4 beigefügt. Einzelheiten ergeben sich aus der vorliegenden ADV-Liste.

2.3 Verpflichtungsermächtigungen/Vorgriffe

Verpflichtungsermächtigungen berechtigen zum Eingehen von Verpflichtungen, die zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren führen.

Gemäß § 38 (2) LHO sowie den Haushaltsgesetzen 1975 (§ 7 Land, § 8 Stadt) kann die Finanzdeputation anstelle von Verpflichtungsermächtigungen Vorgriffe bewilligen. Dies bedeutet die kassenmäßige Inanspruchnahme von Anschlägen künftiger Haushaltsjahre.

	Mio DM	Mio DM
In den Haushalten 1975 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sind an Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt		614,3
Hiervon wurden bis 30. Juni 1975		
als Verpflichtungsermächtigung erteilt	127,3	
als Vorgriffe bewilligt	68,3	195,6
Es wurden nicht ausgenutzt		418,7

Zusätzlich zu den og. Vorgriffen von 68,3 Mio DM wurden noch weitere 21,6 Mio DM als Vorgriff bewilligt. Sie entstanden aus der Umwandlung von in den Vorjahren erteilten Verpflichtungsermächtigungen. Somit wurden an Vorgriffen insgesamt bis zum 30. Juni 1975 89,9 Mio DM bewilligt.

Bis zum 30. Juni 1975 sind insgesamt Vorbelastungen aus Verpflichtungsermächtigungen und Vorgriffen für 1976 und die folgenden Jahre von 569,9 Mio DM entstanden, die wie folgt abgedeckt werden (in Mio DM):

1976	1977	1978	1979
264,0	104,1	67,7	123,9

2.4 Konjunkturhaushalt 1975

Neben dem eigentlichen Kernhaushalt sieht das Haushaltsgesetz des Landes Bremen für 1975 einen besonderen „Konjunkturhaushalt" bis zur Höhe von 110 Mio DM vor, wenn und soweit bei einer das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdenden Abschwächung Mittel aus bestimmten Rücklagen des Landes oder Zuweisungen des Bundes zur Konjunkturförderung zur Verfügung stehen. Aufgrund des Beschlusses der Bundesregierung vom Dezember 1974 zur Freigabe der Sonderkonten aus dem Stabilitätszuschlag und der Investitionssteuer werden für zusätzliche Investitionen verwendet:

Landesbaumaßnahmen	2,64 Mio DM
Investitionen Bremen-Stadt	20,53 Mio DM
Investitionen Bremerhaven	5,13 Mio DM
Insgesamt	28,30 Mio DM

Diese Maßnahmen sind im Interesse der beabsichtigten konjunkturellen Anstoßwirkung zügig in Gang gesetzt worden.

In der obligatorischen Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Bremen befinden sich z.Zt. noch 34,5 Mio DM. Zum Berichtszeitpunkt ist noch ungewiß, ob und ggf. wann und mit welchen Auflagen eine Freigabe dieser Mittel durch Rechtsverordnung der Bundesregierung erfolgt.

1. Kassenmäßiger Haushaltsablauf

1.1 Übersicht I: Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit (Einnahmen)

	Einnahmeart	Ist 1. Hj.75	Ist 1.Hj.74	Veränd. in Mio DM	Veränd. in v.H.
1.	**Einnahmen der laufenden Rechnung**	**1 006,9**	**955,3**	**+51,6**	**+5,4**
1.1	**Steuern**	**788,8**	**744,1**	**+44,6**	**+6,0**
	Steuern vom Einkommen (Landesanteil)	328,2	315,5	+12,7	+4,0
	Steuern vom Umsatz (Landesanteil)	122,2	101,5	+20,7	+20,4
	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)	27,8	26,7	+1,1	+4,1
	Landessteuern	86,5	87,7	–1,2	–1,4
	Gemeindeanteil an der Lohn– und an der veranlagten Einkommensteuer	74,7	72,7	+2,0	+2,8
	Gemeindesteuern	149,3	140,0	+9,3	+6,6
1.2	**Steuerähnliche Abgaben**	**0,1**	**0,0**	**+0,1**	.
1.3	**Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit**	**44,3**	**38,3**	**+6,0**	**+15,7**
1.4	**Zinseinnahmen**	**8,7**	**8,2**	**+0,5**	**+6,1**
1.5	**Laufende Zuweisungen und Zuschüsse**	**107,9**	**105,3**	**+2,6**	**+2,5**
	vom Bund	35,7	44,2	–8,5	–19,6
	von Ländern				
	Länderfinanzausgleich	38,8	31,8	+7,0	+22,0
	Übrige	0,1	0,1	+0	+0
	von Stadtgemeinde Bremerhaven	0,9	0,8	+0,1	+12,5
	von Sonstigen	32,4	28,4	+4,0	+14,1
1.6	**Schuldendiensthilfen**	**0,7**	**0,9**	**–0,2**	**–22,8**
1.7	**Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung**	**56,4**	**58,5**	**–2,1**	**–3,6**
	Gebühren, sonstige Entgelte	48,9	45,7	+3,2	+7,0
	Übrige	7,4	12,8	–5,4	–42,2
2.	**Einnahmen der Kapitalrechnung**	**74,3**	**73,8**	**+0,5**	**+0,7**
2.1	**Veräußerung von Sachvermögen**	**2,4**	**6,5**	**–4,1**	**–63,1**
2.2	**Vermögensübertragungen**	**58,5**	**51,0**	**+7,5**	**+14,7**
	Zuweisungen für Investitionen von Bremerhaven	0,1	0,0	+0,1	.
	Zuweisungen für Investitionen	48,5	42,4	+6,1	+14,4
	Zuschüsse für Investitionen	9,9	8,6	+1,3	+15,1
	Sonstige Vermögensübertragungen	0,0	0,0	+0	.
2.3	**Darlehensrückflüsse**	**11,0**	**9,0**	**+2,0**	**+22,2**
2.4	**Veräußerung von Beteiligungen u.dgl.**	**0,4**	**–**	**+0,4**	.
2.5	**Schuldenaufnahme bei Verwaltungen**	**2,0**	**7,3**	**–5,3**	**–62,6**
3.	**Globale Mehr–, Mindereinnahmen**	**–**	**–**	**–**	**–**
4.	**Gesamteinnahmen**	**1 081,2**	**1 029,1**	**+52,1**	**+5,1**
5.	**Besondere Finanzierungsvorgänge**	**490,9**	**140,2**	**+350,7**	**+250,1**
5.1	**Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (einschl. öffentl. Sondermittel)**	**282,2**	**110,8**	**+171,4**	**+154,7**
5.2	**Entnahmen aus Rücklagen**	**208,7**	**29,4**	**+179,3**	**+609,9**
6.	**Verrechnungen und Erstattungen**	**732,4**	**58,6**	**+673,8**	.
7.	**Abschlußsumme der Haushalte**	**2 304,6**	**1 227,8**	**+1 076,8**	**+87,7**
	Nachrichtlich: Einnahmen insgesamt (netto)	1 572,1	1 169,2	+402,9	+34,5

1.1 Übersicht I: Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit (Ausgaben)

Ausgabeart	Ist 1.Hj.75	Ist 1.Hj.74	Veränd. Mio DM	Veränd. in v.H.
1. Ausgaben der laufenden Rechnung	**1 025,8**	**881,1**	**+144,7**	**+16,4**
1.1 Personalausgaben	**496,2**	**434,7**	**+61,5**	**+14,2**
1.2 Laufender Sachaufwand	**199,3**	**166,7**	**+32,6**	**+19,6**
Sächliche Verwaltungsausgaben	107,2	93,2	+14,0	+15,0
Erstattungen an andere Bereiche	44,5	37,1	+7,4	+20,0
Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke	47,6	36,4	+11,2	+31,9
1.3 Zinsausgaben	**57,3**	**46,0**	**+11,3**	**+24,6**
1.4 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	**256,4**	**220,6**	**+35,8**	**+16,2**
an Stadtgemeinde Bremerhaven	78,9	67,6	+11,3	+16,7
an sonstige Verwaltungen (insbes.Bund, LAF)	17,4	14,0	+3,4	+24,3
an Unternehmen	30,9	26,0	+4,9	+18,9
Renten, Unterstützungen u.ä.	125,6	108,1	+17,5	+16,2
Sonstige	3,6	4,9	−1,3	−26,5
1.5 Schuldendiensthilfen	**16,6**	**13,1**	**+3,5**	**+26,7**
2. Ausgaben der Kapitalrechnung	**305,2**	**301,7**	**+3,5**	**+1,2**
2.1 Sachinvestitionen	**240,1**	**227,0**	**+13,1**	**+5,6**
Baumaßnahmen	187,1	170,9	+16,2	+9,5
Erwerb von unbeweglichen Sachen	22,7	35,7	−13,0	−36,4
Erwerb von beweglichen Sachen	30,3	20,4	+9,9	+48,5
2.2 Vermögensübertragungen	**49,7**	**43,1**	**+6,6**	**+15,3**
Zuweisungen für Investitionen an Bremerhaven	15,9	11,2	+4,7	+42,0
Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	2,0	–	+2,0	.
Zuschüsse für Investitionen	31,8	31,9	−0,1	−0,4
Sonstige Vermögensübertragungen	0	0,0	+0	.
2.3 Darlehen	**9,2**	**23,1**	**−13,9**	**−61,2**
2.4 Erwerb von Beteiligungen	**0**	**3,5**	**−3,5**	**.**
2.5 Tilgungsausgaben an Verwaltungen	**6,2**	**5,0**	**+1,2**	**+24,0**
3. Globale Mehr– und Minderausgaben	**–**	**–**	**–**	**–**
4. Gesamtausgaben	**1 330,9**	**1 182,5**	**+148,4**	**+12,6**
5. Besondere Finanzierungsvorgänge	**198,4**	**53,5**	**+144,9**	**+270,8**
5.1 Schuldentilgung (Kreditmarkt)	**73,5**	**52,2**	**+21,3**	**+40,8**
5.2 Zuführung an Rücklagen	**124,9**	**1,3**	**+123,6**	**.**
6. Verrechnungen und Erstattungen	**733,0**	**58,6**	**+674,4**	**.**
7. Abschlußsumme der Haushalte – brutto –	**2 263,3**	**1 294,6**	**+967,7**	**+74,8**
Nachrichtlich: Ausgaben insgesamt (netto)	1 529,3	1 235,9	+293,4	+23,7

Anlage 2

1. Kassenmäßiger Haushaltsablauf

1.2 Übersicht II: Vergleich mit dem Anschlag (Einnahmen)

	Einnahmeart	Anschlag 1975	anteil. Anschl. 1975	Ist bis 6/75	+ bzw. −
1.	**Einnahmen der laufenden Rechnung**	**2 237,3**	**1 118,7**	**1 006,9**	**−111,8**
1.1	**Steuern**	**1 757,9**	**879,0**	**788,8**	**−90,2**
	Steuern vom Einkommen (Landesanteil)	817,8	408,9	328,2	−80,7
	Steuern vom Umsatz (Landesanteil)	185,0	92,5	122,2	+29,7
	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)	58,3	29,2	27,8	−1,4
	Landessteuern	188,7	94,4	86,5	−7,9
	Gemeindeanteil an der Lohn− und an der veranlagten Einkommensteuer	191,5	95,8	74,7	−21,1
	Gemeindesteuern	316,6	158,3	149,3	−9,0
1.2	**Steuerähnliche Abgaben**	**0,2**	**0,1**	**0,1**	**0**
1.3	**Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit**	**101,7**	**50,9**	**44,3**	**−6,6**
1.4	**Zinseinnahmen**	**16,2**	**8,1**	**8,7**	**+0,6**
1.5	**Laufende Zuweisungen und Zuschüsse**	**224,0**	**112,0**	**107,9**	**−4,1**
	vom Bund	85,3	42,7	35,7	−7,0
	von Ländern				
	Länderfinanzausgleich	58,0	29,0	38,8	+9,8
	Übrige	19,5	9,8	0,1	−9,7
	von Stadtgemeinde Bremerhaven	1,0	0,5	0,9	+0,4
	von Sonstigen	60,2	30,1	32,4	+2,3
1.6	**Schuldendiensthilfen**	**1,8**	**0,9**	**0,7**	**−0,2**
1.7	**Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung**	**135,5**	**67,8**	**56,4**	**−11,4**
	Gebühren, sonstige Entgelte	111,9	56,0	48,9	−7,1
	Übrige	23,6	11,8	7,4	−4,4
2.	**Einnahmen der Kapitalrechnung**	**154,4**	**77,2**	**74,3**	**−2,9**
2.1	**Veräußerung von Sachvermögen**	**9,4**	**4,7**	**2,4**	**−2,3**
2.2	**Vermögensübertragungen**	**119,1**	**59,6**	**58,5**	**−1,1**
	Zuweisungen für Investitionen von Bremerhaven	0,5	0,3	0,1	−0,2
	Zuweisungen für Investitionen	104,3	52,2	48,5	−3,7
	Zuschüsse für Investitionen	14,3	7,4	9,9	+2,5
	Sonstige Vermögensübertragungen	−	−	0	0
2.3	**Darlehensrückflüsse**	**20,9**	**10,5**	**11,0**	**+0,5**
2.4	**Veräußerung von Beteiligungen u.dgl.**	**−**	**−**	**0,4**	**+0,4**
2.5	**Schuldenaufnahme bei Verwaltungen**	**5,0**	**2,5**	**2,0**	**−0,5**
3.	**Globale Mehr−, Mindereinnahmen**	**−**	**−**	**−**	**−**
4.	**Gesamteinnahmen**	**2 391,6**	**1 195,8**	**1 081,2**	**−114,6**
5.	**Besondere Finanzierungsvorgänge**	**646,0**	**323,0**	**490,9**	**+167,9**
5.1	**Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (einschl. öffentl. Sondermittel)**	**584,8**	**292,4**	**282,2**	**−10,2**
5.2	**Entnahmen aus Rücklagen**	**61,2**	**30,6**	**208,7**	**+178,1**
6.	**Verrechnungen und Erstattungen**	**894,9**	**447,5**	**732,4**	**+284,9**
7.	**Abschlußsumme der Haushalte**	**3 932,4**	**1 966,2**	**2 304,6**	**+338,4**
	Nachrichtlich: Einnahmen insgesamt (netto)	3 037,7	1 518,9	1 572,1	+53,2

1.2 Übersicht II: Vergleich mit dem Anschlag (Ausgaben)

Ausgabeart	Anschlag 1975	anteil. Anschl. 1975	Ist bis 6/75	+ bzw. –
1. Ausgaben der laufenden Rechnung	**2 254,9**	**1 127,5**	**1 025,8**	**–101,7**
1.1 Personalausgaben	**1 056,1**	**528,1**	**496,2**	**–31,9**
1.2 Laufender Sachaufwand	**477,2**	**238,6**	**199,3**	**–39,3**
Sächliche Verwaltungsausgaben	236,1	118,1	107,2	–10,9
Erstattungen an andere Bereiche	105,3	52,7	44,5	–8,2
Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke	135,8	67,9	47,6	–20,3
1.3 Zinsausgaben	**153,6**	**76,8**	**57,3**	**–19,5**
1.4 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	**535,9**	**268,0**	**256,4**	**–11,6**
an Stadtgemeinde Bremerhaven	155,9	78,0	78,9	+0,9
an sonstige Verwaltungen (insbes.Bund, LAF)	47,2	23,6	17,4	–6,2
an Unternehmen	82,0	41,0	30,9	–10,1
Renten, Unterstützungen u.ä.	240,8	120,4	125,6	+5,2
Sonstige	10,0	5,0	3,6	–1,4
1.5 Schuldendiensthilfen	**32,1**	**16,1**	**16,6**	**+0,5**
2. Ausgaben der Kapitalrechnung	**691,6**	**345,8**	**305,2**	**–40,6**
2.1 Sachinvestitionen	**499,8**	**249,9**	**240,1**	**–9,8**
Baumaßnahmen	405,8	202,9	187,1	–15,8
Erwerb von unbeweglichen Sachen	50,0	25,0	22,7	–2,3
Erwerb von beweglichen Sachen	44,0	22,0	30,3	+8,3
2.2 Vermögensübertragungen	**137,3**	**68,7**	**49,7**	**–19,0**
Zuweisungen für Investitionen an Bremerhaven	47,8	23,9	15,9	–8,0
Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	4,6	2,3	2,0	–0,3
Zuschüsse für Investitionen	84,9	42,5	31,8	–10,7
Sonstige Vermögensübertragungen	–	–	0	–
2.3 Darlehen	**41,3**	**20,7**	**9,2**	**–11,5**
2.4 Erwerb von Beteiligungen	**5,2**	**2,6**	**0**	**–2,6**
2.5 Tilgungsausgaben an Verwaltungen	**8,0**	**4,0**	**6,2**	**+2,2**
3. Globale Mehr– und Minderausgaben	**40,7**	**20,4**	**–**	**–20,4**
4. Gesamtausgaben	**2 905,8**	**1 452,9**	**1 330,9**	**–122,0**
5. Besondere Finanzierungsvorgänge	**131,9**	**66,0**	**198,4**	**+132,4**
5.1 Schuldentilgung (Kreditmarkt)	**127,2**	**63,6**	**73,5**	**+9,9**
5.2 Zuführung an Rücklagen	**4,7**	**2,4**	**124,9**	**+122,5**
6. Verrechnungen und Erstattungen	**894,8**	**447,4**	**733,0**	**+285,6**
7. Abschlußsumme der Haushalte – brutto –	**3 932,5**	**1 966,3**	**2 262,6**	**+296,0**
Nachrichtlich: Ausgaben insgesamt (netto)	3 037,7	1 518,9	1 529,3	+10,4

Anlage 3

Steuereinnahmen des Landes und der Stadtgemeinde – in 1 000 DM –

	Anschlag 1975	Zeitant. Soll bis 30.6.75	Ist bis zum 30.6.75	Ist bis zum 30.6.74	Veränd. in v.H.
a) Steuerart (Land)					
Landesanteil an Lohnsteuer	539 005	269 503	189 841	190 013	–0,1
Veranl. Einkommensteuer	184 857	92 429	76 200	84 058	–9,3
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	14 650	7 325	4 098	–767	.
Körperschaftsteuer	79 250	39 625	37 466	42 224	–11,3
Umsatzsteuern	185 000	92 500	118 419	101 520	+16,6
Gewerbesteuerumlage	58 310	29 155	27 814	26 651	+4,4
Vermögensteuer	60 600	30 300	25 674	22 574	+13,7
Erbschaftsteuer	11 200	5 600	3 419	8 518	–59,9
Grunderwerbsteuer	8 130	4 065	4 637	3 721	+24,6
Kraftfahrzeugsteuer	67 700	33 850	33 499	33 643	–0,4
Totalisator-, Rennwett- und Lotteriesteuer	8 100	4 050	5 108	4 130	+23,7
Feuerschutzsteuer	2 960	1 480	1 433	1 676	–14,5
Biersteuer	30 000	15 000	12 790	13 415	–4,7
Steuereinnahmen des Landes zusammen	**1 249 762**	**624 881**	**540 400**	**531 373**	**+1,7**
b) Steuerart (Gemeinde)					
Gemeindeanteil an Lohn- u. veranl. Einkommensteuer	191 541	95 771	70 555	72 680	–2,9
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (n. Abzug d. Umlage)	157 860	78 930	74 974	71 967	+4,2
Lohnsummensteuer	103 800	51 900	48 986	45 916	+6,7
Grundsteuer A	440	220	99	87	+13,8
Grundsteuer B	43 560	21 780	19 346	16 907	+14,4
Sonst. Vergnügungsteuer	800	400	459	452	+1,5
Abgabe für Hunde	660	330	498	427	+16,6
Getränkesteuer	–	–	7	8	–12,5
Grunderwerbsteuerzuschlag	9 500	4 750	4 882	4 272	+14,3
Steuereinnahmen der Gemeinde zusammen	**508 161**	**254 081**	**219 806**	**212 714**	**+3,3**
c) Steuerart (Land + Stadtgemeinde)					
Steuereinnahmen des Landes	**1 249 762**	**624 881**	**540 400**	**531 373**	**+1,7**
Steuereinnahmen der Gemeinde	**508 161**	**254 081**	**219 806**	**212 714**	**+3,3**
Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinde zusammen	**1 757 923**	**878 962**	**760 206**	**744 086**	**+2,2**
d) Steuern und Länderfinanzausgleich					
Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinde zusammen	**1 757 923**	**878 962**	**760 206**	**744 086**	**+2,2**
Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich	**58 000**	**29 000**	**38 780**	**31 798**	**+22,0**
Einnahmen aus Steuern und Länderfinanzausgleich *)	**1 815 923**	**907 962**	**798 986 *)**	**775 884**	**+3,0**

*) Zusätzlich wurde das Guthaben der Sonderkonten Stabilitätszuschlag und Investitionssteuer von zusammen 28,6 Mio DM haushaltsmäßig vereinnahmt

Die Nachbewilligungen

(geordnet nach Einzelplänen für den Zeitraum vom 1.1.1975 bis 30.6.1975, in DM)

A. Land

Einzelplan	Nachbewilligungen	Einsparungen	Mehreinnahmen
00	3 567 890	588 549	–
01	604 189	444 596	–
02	4 780 259	2 887 638	1 825 544
03	1 322 572	1 320 981	–
04	162 217	31 053	–
05	115 096	126 008	5 900
06	765 439	748 161	–
07	2 867 387	2 912 695	–
08	318 367	318 000	–
09	21 598 227	8 170 373	16 722 144
Insgesamt	**36 101 642**	**17 548 054**	**18 553 588**

B. Stadt

30	1 903 132	183 548	35 907
32	45 894 648	37 332 676	400
33	1 000 780	–	–
34	8 772 793	4 076 015	–
35	5 046 710	5 037 445	–
36	25 484 145	27 371 073	15 000
37	274	–	–
38	17 389 112	17 385 720	1 615
39	41 300 367	13 525 000	41 827 561
Insgesamt	**146 791 960**	**104 911 477**	**41 880 483**

C. Land und Stadt zusammen

00/30	5 471 022	772 097	35 907
01	604 189	444 596	–
02/32	50 674 907	40 220 314	1 825 944
03/33	2 323 352	1 320 981	–
04/34	8 935 010	4 107 068	–
05/35	5 161 806	5 163 453	5 900
06/36	26 249 584	28 119 234	15 000
07/37	2 867 661	2 912 695	–
08/38	17 707 479	17 703 720	1 615
09/39	62 898 594	21 695 373	58 549 705
Insgesamt	**182 893 602**	**122 459 531**	**60 434 071**